



Bei Kindern sind ambulante Behandlungen die Regel: Alltag im Kinderspital Basel. Foto: Sabina Bobst

Kinderspitäler schlagen Alarm: «Nach 20 Minuten arbeiten wir gratis»

110 Millionen Franken Defizit Behandlungen von Kindern werden meist gleich abgerechnet wie jene von Erwachsenen – aber sie dauern oft länger. Das bringt die Kinderspitäler in finanzielle Schieflage.

Markus Brotschi

Bei der 9-jährigen Anna besteht der Verdacht auf einen Hirntumor. Sie leidet an starken wiederkehrenden Kopfschmerzen, was für die Ärzte ein Warnzeichen ist. Bei Anna muss daher im Kinderspital Basel ein MRI des Kopfes durchgeführt werden.

Während MRI bei Erwachsenen fast wie am Fliessband gemacht werden, beansprucht die Untersuchung bei Kindern deutlich mehr Zeit und Personal. «Das Kind muss auf die Untersuchung gut vorbereitet werden, ihm muss die Angst genommen werden, sich in die Röhre zu legen», sagt Malte Frenzel, Kinderarzt und Geschäftsführer der Allianz Schweizer Kinderspitäler.

100 Franken Defizit pro Notfall in Kinderspitälern

Während Erwachsenen klar ist, dass sie sich während der radiologischen Untersuchung nicht bewegen dürfen, müssen Kinder zum Stillliegen motiviert werden. «Manchmal müssen sie auch sediert werden, weshalb dann zusätzlich ein Narkosearzt nötig ist», sagt Frenzel. Bei Anna genügte es schliesslich, dass ihre Puppe zuerst im Tomografen probieren durfte. Schliesslich war auch der Befund aufgrund des MRI erfreulich, ein Tumor wurde nicht gefunden. Sie wird wegen ihrer Kopfschmerzen nun von Kinderneurologen weiterbetreut.

Malte Frenzel erzählt die Geschichte von Anna, weil sie exemplarisch zeigt, warum die Schweizer Kinderspitäler und Kinderkliniken seit Jahren in der ambulanten Medizin hohe Defizite einfahren.

Auf 110 Millionen Franken belief sich das Minus der sechs grössten auf Kindermedizin spezialisierten Spitäler und Kliniken im Jahr 2023. Das Problem: Die Leistungen für Kinder werden in der Regel gleich hoch vergütet wie für Erwachsene. Der Mehraufwand für die Behandlung von Kindern werde nicht adäquat abgegolten, sagt Frenzel. «Bei einem Pauschal tarif, der die Untersuchung von Erwachsenen und Kindern in einen Topf wirft, geht die Rechnung am Ende für die Kinderspitäler nicht auf.»

Neues Tarifsystem verschärft Probleme

Das gleiche Problem haben die Kinderspitäler mit den Notfallbehandlungen. Kinder gelangen deutlich häufiger in den Notfall als Erwachsene. Denn bei einem Magen-Darm-Infekt ist ein Kind viel rascher von einem Flüssigkeitsmangel bedroht als ein Erwachsener. Oder bei einem Atemwegsinfekt benötigt ein Kind viel schneller Sauerstoff.

Rund ein Viertel des Defizits bei ambulanten Behandlungen in den Kinderspitälern entsteht durch Notfallkonsultationen. Pro Fall seien es 100 Franken, sagt Marco Fischer, Vorsitzender der Geschäftsleitung des Universitäts-Kinderspitals beider Basel. Die Kinderspitäler hätten dem Bundesamt für Gesundheit umfassende Daten abgeliefert, die die Unterfinanzierung bei ambulanten Behandlungen belegten.

Dennoch droht sich das Problem für die Kinderspitäler noch zu verschärfen. Denn auf 2026 tritt mit dem Tardoc ein neues Tarifwerk für ambulante Behandlungen in Kraft, das den völlig veralteten Arztarbeits-Tarimed

ersetzt. Das neue Tarifsystem setzt sich zusammen aus einem neuen Einzelleistungskatalog (Tardoc) und ambulanten Pauschalen. Wo ambulante Pauschalen definiert sind, müssen diese angewendet werden.

Mit dem Tardoc werden Notfälle noch schlechter vergütet als bisher. Ursprünglich war im Tardoc ein Zuschlag pro Notfallbehandlung vorgesehen, die das Notfalldefizit der Kinderspitäler auf einen Schlag behoben hätte. In der aktuellen Version wurde diese Entschädigung jedoch wie-

«Wenn immer möglich, versucht man bei Kindern eine stationäre Behandlung zu vermeiden.»

Malte Frenzel

Kinderarzt und Geschäftsführer der Allianz Schweizer Kinderspitäler

der gestrichen. Und auch in den neuen Pauschalen ist keine gesonderte Abgeltung für Notfälle vorgesehen.

Der Tardoc wird zusammen mit neuen Pauschal tarifen eingeführt, wie es sie heute bereits für stationäre Behandlungen gibt. Um die neuen Tarife wurde jahrelang gestritten, und die Kinderspitäler begrüssen die Abgeltung des Tardoc grundsätzlich auch. Die Pauschal tarife, die

erst vor kurzem konzipiert wurden, haben aber aus Sicht der Kinderspitäler noch grosse Mängel. Der Bundesrat möchte beide Tarife per Anfang 2026 einführen, wobei es noch Anpassungen braucht.

Verlangt wird ein Konzept der Kostenneutralität

Die Organisation ambulante Arztarbeits-tarife (OAAAT) unter dem Vorsitz des Berner Gesundheitsdirektors Pierre-Alain Schnegg muss bis Ende Oktober die notwendigen Retuschen an den neuen Tarifen vornehmen. Bis zum 1. November müssen die definitiven Fassungen beim Bundesrat zur abschliessenden Genehmigung eingereicht werden. Die Landesregierung verlangt zudem ein Kostenneutralitätskonzept. Das bedeutet, dass die Einführung der Tarife zu keinen Mehrkosten und damit zu keiner Prämienhöhung führen darf.

Genau diese Kostenneutralität bereitet den Kinderspitälern aber grosse Sorgen. «Wir befürchten, dass die Kinderspitäler mit dieser Vorgabe auf ihren grossen Defiziten sitzen bleiben», sagt Fischer. Diese Fehlbezüge entstünden vor allem im ambulanten Bereich, wo die Tarife die Behandlungskosten nur zu gut 70 Prozent deckten. Zwar sind die gleichen ambulanten Tarife auch bei der Behandlung von Erwachsenen nicht kosten-deckend und verursachen den Spitälern Verluste. Allerdings erfolgen in den Kinderspitälern über 90 Prozent der Behandlungen ambulant, viel mehr als bei Erwachsenen.

«Wenn immer möglich, versucht man bei Kindern eine stationäre Behandlung zu ver-

meiden, weil der stationäre Spitalaufenthalt für die Kinder belastend ist», sagt Frenzel. Zudem gibt es kaum spezialärztliche Praxen für Kinder. Diese werden meist in Spitälern untersucht, wenn sie beispielsweise Herzprobleme haben, während Erwachsene zur Kardiologin oder zum Kardiologen in die Praxis gehen.

Nach dem Auftrag des Bundesrats passierte nichts

Auch dem Bundesrat sind die Probleme der Kinderspitäler bekannt. Bereits vor vier Jahren beauftragte das Parlament die Landesregierung damit, für kostendeckende Tarife in der Kindermedizin zu sorgen. «Passiert ist seither aber nichts», sagt Fischer. Die Kinderspitäler hoffen nun, dass die OAAAT die notwendigen Korrekturen vornimmt, bevor sie die neuen ambulanten Tarife dem Bundesrat abliefern.

Die Spitäler fordern mehrere Massnahmen, um die Finanzierung der Kindermedizin zu verbessern. Dazu zählen Zuschläge für Notfälle, ambulante Operationen und für die Behandlung seltener Krankheiten. Zudem sollen die Zeitlimiten für Konsultationen bei Kindern aufgehoben werden.

Für die Grundkonsultation können heute für Kinder ab 6 Jahren und für Erwachsene nur 20 Minuten abgerechnet werden. Für kleinere Kinder bezahlen die Kassen maximal 30 Minuten. Doch für Kinder reichten diese Zeiten oft nicht aus, weil auch die Eltern in die Gespräche einbezogen werden müssten, sagt Marco Fischer. «Kinder kann man nicht eng getaktet durchschleusen, deshalb arbeiten wir oft nach 20 Minuten oder 30 Minuten gratis.»

Geldwäscherei: Sanktionen gegen Bank Mirabaud

Finma Die Genfer Privatbank Mirabaud ist von der Finanzmarktaufsicht (Finma) wegen der Verletzung ihrer Pflichten in der Geldwäschereibekämpfung sanktioniert worden. Die Finma hat 12,7 Millionen Franken an «unrechtmässig erwirtschaftetem» Gewinn eingezogen und Verfahren gegen drei Personen eröffnet. Zudem schränkt sie vorläufig die Neuaufnahme von Kunden durch die Bank ein. Die Verfehlungen standen im Zusammenhang mit einem Kunden, einem zwischenzeitlich verstorbenen Geschäftsmann, dem Steuerhinterziehung vorgeworfen wurde.

Das Enforcement-Verfahren der Finma gegen Mirabaud wurde schon im Juni 2023 abgeschlossen. Die Bank hatte sich vor Gericht aber gegen eine öffentliche Information der Finma über das Verfahren gewehrt. Die Beschwerde der Bank sei nun vom Bundesgericht abgewiesen worden, heisst es. (SDA)

Gegen Beitritt zum Migrationspakt der UNO

Ständerat Die Schweiz soll nach dem Willen des Ständerats dem UNO-Migrationspakt weiterhin nicht beitreten. Eine Mehrheit sieht keine konkreten Vorteile eines Beitritts, vielmehr überwiegen die Risiken. Die kleine Kammer folgte damit gestern der Mehrheit ihrer Aussenpolitischen Kommission. Als Nächstes muss sich der Nationalrat mit der Sache befassen.

Der UNO-Migrationspakt hält Massnahmen fest, um die Migration grenzüberschreitend zu ordnen. Dabei geht es um die Rechte von Migranten, aber beispielsweise auch um die Sicherung von Grenzen und die Bekämpfung von Schlepperbanden.

Direkte Verpflichtungen ergeben sich aus dem Pakt für Staaten keine. Umstritten sind insbesondere, inwieweit solches «Soft Law» indirekt Wirkung entfalten kann. (SDA)

Leichte Zunahme der Tierversuche

Statistik Bei Tierversuchen sind im Jahr 2023 in der Schweiz fast 600'000 Tiere eingesetzt worden. Das entspricht gegenüber dem Vorjahr einer Zunahme von 1,6 Prozent. Die Forschungstätigkeit mit Tieren bleibt damit hoch, was dem Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) gestern mitteilte.

Etwa zwei Fünftel der Tiere sind in nicht belastenden Tierversuchen eingesetzt worden. Zum ersten Mal seit 2018 habe es bei den schwer belastenden Tierversuchen einen leichten Rückgang um 2,4 Prozent gegeben, schrieb das BLV. Seit 2014 gab es in dieser Kategorie einen nahezu kontinuierlichen Anstieg der Versuchszahlen.

91 Prozent der Tierversuche in der schwer belastenden Kategorie würden durchgeführt, um Krankheiten bei Menschen zu erforschen, hiess es in der Mitteilung weiter. Mehr als die Hälfte der Tiere wird dabei für die Erforschung von Krebs und neurologischen Krankheiten eingesetzt. (SDA)

